

# „Südwest“

## Unabhängige Zeitung für die Interessen des gesamten Schutzgebietes

### Bezugspreis:

Durch die Expedition monatlich 1,50 Mark; durch die Post für das Schutzgebiet, die übrigen Kolonien und für Deutschland, sowie für die sämtlichen Länder des Weltpostvereins vierteljährlich 2.— Mark. Einzelpreis der Nummer 30 Pfennig.

### Herausgeber und verantwortlicher

Schriftleiter

Rudolf Kindt, Swakopmund.

### Anzeigenpreis:

Die 5-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg.; Geschäfts- und Reklamezeilen nach besonderer Berechnung. — Anzeigen werden durch sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes, sowie direkt durch A. Schulze, Swakopmund, entgegengenommen.

Swakopmund, Freitag, den 24. November 1911.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

## Was wird aus der Wassererschließung im kommenden Etatsjahre?

Ein Farmer schreibt uns: „Es ist dauernd allerorts und mit Recht betont worden, daß unsere Wassererschließung sehr im argen liegt. Gouvernement und Landesrat haben in einmütiger Arbeit diesen Mißstand erkannt und versucht, durch Anforderung von neuen Bohrmaschinen helfend einzugreifen. Doch, was nützen alle Bohrmaschinen, wenn der weitaus größte Teil der Farmer nicht die Mittel hat, um Bohrungen vornehmen zu lassen. Bei den alten Preisen (30 Mk. pro Tag) hätten die meisten Farmer die so notwendigen Bohrungen ausführen lassen können. Die bisher als indirekte Bohrbeihilfen verwandten Gelder der Wohlfahrtslotterie sollen jedoch demnächst erschöpft sein. Da das Gouvernement später wahrscheinlich ein Fixum pro laufenden Bohrmeter festsetzen wird, der mit 40 bis 60 Mark eher zu niedrig als zu hoch angesetzt ist, so dürfte dann der Preis eines mittleren Bohrloches bereits eine solche Höhe erreichen, daß das Herunterstoßen desselben für die Geldbeutel der weitaus meisten Farmer von vornherein eine quantität impossible bedeutet. Daher ist m. E. die größere Anzahl der Bohrmaschinen nicht die entsprechende Hilfe. Soviel mir bekannt ist, sind allein vier neue Privatbohrmaschinen von Farmern im Distrikt Okahandja bestellt und teilweise schon eingetroffen. Die Anzahl der dort bestehenden Farmen wird mit 80 bis 90 annähernd getroffen sein, von denen vielleicht 30 ohne Wasser sein mögen. Die Aufgabe, diesen Farmen Wasser zu schaffen, dürfte wohl mit den demnächst vorhandenen 5 Maschinen eine erreichbare sein. Auch in anderen Bezirken haben sich Kapitalisten gefunden, die die private Bohrtätigkeit zum Metier wählten. Viel wichtiger als die Anschaffung neuer Maschinen ist daher die praktische Beantwortung der Frage: „Wie kann man es dem Durchschnitt der Farmer ermöglichen, Bohrungen vornehmen zu lassen?“ Die Regierung hat einfach die Pflicht, auf den von ihr verkauften wasserlosen Farmen dem Besitzer Wasser zu schaffen. Der Preis von 1,20 Mk. pro Hektar gibt dem Käufer ein Recht, auch Farmland von der Regierung zu verlangen. Wenn diese 5000 ha unter der Bezeichnung „Farm“ verkauft werden, so schließt das m. E. das Vorhandensein von Wasser ein. Ein solches Gebiet ohne Wasser kann man höchstens als Oedland bezeichnen, aber nicht unter dem allzu euphemistischen Namen „Farmland“ als ein gegebenes Objekt für eine Kapitalanlage, deren Hauptwitz die Viehzucht ist. Den wasserlosen Farmer aber für solch ein Stück Boden noch Grundsteuern zahlen zu lassen, das absolut keinen Grundwert hat, ist beinahe . . . erhaben. Solches Land läßt sich für den ev. Liebhaber noch jederzeit für einen außerordentlich geringen Bruchteil eines Pfennigs in ungeheuren Komplexen bei Herrn Lebaudy, dem Kaiser der Sahara, erwerben. Das Gouvernement sollte daher in allererster Linie Gelder anfordern für Bohrungen, damit das Gros der Farmer die Möglichkeit hat, auch wirklich Bohrlocher ausführen zu lassen, und damit der Farmer für die Summe von 6000 Mk., die er der Regierung bezahlt, auch einen entsprechenden Gegenwert erhält.

Ein Durchschnittsfarmer.

Als der Landesrat im vergangenen Mai fast einstimmig die Anforderung ganz erheblich größerer Mittel für Bohrwerke beschloß, da hat er auch die vermehrten Unterhaltungskosten für die neuen Bohrtruppen in Ansatz gebracht. Daraus erhellt ohne weiteres, daß man seitens des Landesrates nicht beabsichtigte, die Farmer in Zukunft die Kosten der Bohrungen allein tragen zu lassen, daß man von ihnen (wie auch aus den Debatten hervorgeht) nur den gleichen mäßigen Kostenanteil einfordern wollte, wie bisher. Die Regierung erklärte damals allerdings, man habe mit dem Fortfall der Wassererschließung aus dem Fonds der Wohltätigkeitslotterie bislang bewilligten Zuschüssen zu rechnen. Deshalb aber gerade hatte sie selbst schon im Etatsentwurf, der dem Landesrat vorlag, den dafür bestimmten Fonds fast verdoppelt und deshalb forderte der Landesrat seinerseits nicht nur die Mittel zur Vermehrung der Bohrmaschinen, sondern auch die für ihre Unterhaltung.

Es ist schlimm, sehr schlimm, daß auch die Einnahmen des laufenden Etatsjahres in erschreckendem Umfange hinter dem Voranschlag zurückbleiben (infolge der Mindereinnahmen aus den Diamantzöllen) und es ist noch schlimmer, daß man sich im Reichskolonialamt aus diesem Grunde entschlossen hat, den Etat für 1912/13 möglichst zusammenzustrichen. Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint es zweifellos, daß nicht etwa viel an den Verwaltungsausgaben für das Land gestrichen wird, was auch so kurzer Hand kaum möglich ist, sondern an den Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, in erster Linie für die Wassererschließung. Es ist leider kein Geheimnis mehr, daß vom 1. April 1912, also dem Beginn des neuen Etatsjahres an, die Farmer sehr wahrscheinlich alle Kosten der Wassererschließung bzw. der Bohrung selbst zu tragen haben werden. Wenn früher 30 Mk. für den Bohrtag vom Farmer eingefordert wurden — noch weiter zurück in schöneren Zeiten waren es nur 20 Mk. für den Arbeitstag bei wirklichem Erfolg und 5 Mk. bei Nichterfolg — so wird der Farmer vom 1. April an die vollen Unkosten mitsicherlich wenigstens 100 Mark für den Tag, An- und Abfahren der Bohrmaschine mitgerechnet, zu entrichten haben. Wir können dem Briefschreiber nur zustimmen, wenn er sagt, daß die meisten Farmer dann überhaupt auf die Bohrmaschine verzichten müßten.

Wie man sich im Kolonialamt die Zukunft des Landes vorstellt, wenn diese indirekten Unterstützungen für die Farmwirtschaft, das Rückgrat des Landes fortfallen, können wir nicht wissen. Wohl aber wissen wir, daß ein gegen das jetzige Tempo der Wassererschließung noch mehr verlangsamtes die allergrößten Gefahren für die Farmwirtschaft in sich birgt. Das eine Trockenjahr hat uns schon gezeigt, wie sehr viel schneller die Besiedlung vor sich geht, als die Wassererschließung. Abgesehen von direkten Verlusten durch das Zugrundegehen von Vieh, sind in diesem einen Jahre in Zahlen nicht zu berechnende Verluste durch minderen Milchtrag, Umziehen ganzer Farmbetriebe, Ausbleiben der Nachzucht und viele andere auf den Wassermangel zurückzuführende Folgen entstanden. Wird jetzt nicht schleunigst durch intensivste Wassererschließung eingegriffen, so wird jedes weitere Trockenjahr die Verluste zu Lasten der Farmwirtschaft steigern. Zwei Trockenjahre hintereinander müßten dann zu einer Katastrophe führen.

Dem Landesrat kann die Verantwortung dafür nicht aufgebürdet werden. Er beantragte Ersparnisse auf dem Verwaltungsgebiet, um den Fonds für die Bohrkolonie auffüllen zu können. Er wußte, daß den einzelnen wirtschaftlich schwachen Farmbetrieben die Last der teuren Wassererschließung nicht allein aufgebürdet werden kann. Er hat ferner in zwei Tagungen die schnelle Errichtung eines Bodenkreditinstitutes erbeten, auch dies bisher vergeblich. Daß die Einnahmen jetzt hinter dem Voranschlag so erheblich zurückbleiben würden, konnte aus dem Etatsvoranschlag nicht ersehen werden, konnte allerdings auch das Gouvernement nicht so klar überschauen, das davon offenbar selbst überrascht worden ist, wenn die Vertreter Lüderitzbuchs im Landesrat darauf auch hinwiesen und die Forderung, den Bruttozoll auf Diamanten in eine Nettoabgabe umzuwandeln, damit begründeten. Die Umwandlung hätte schneller betrieben werden müssen, zum wenigsten hätte der Abbau der Nordfelder dadurch sofort ermöglicht werden können. Das Kolonialamt zauderte. Wir haben selbst zugegeben, daß sich die Lüderitzbuchter Minenkammer bisher noch nicht endgültig dazu geäußert habe. Das aber liegt sicherlich in der Hauptsache auch daran, daß man Berlin erst von der Berechtigung einer Forderung auf Herabsetzung (nicht Umwandlung) überzeugen mußte. Doch darauf soll an anderer Stelle zurückgekommen werden. Tatsache ist, daß nur die schleunigste Umwandlung und, wenn nötig, die Herabsetzung der auf unserer Diamantindustrie ruhenden Abgaben den Zusammenbruch der Schutzgebietsfinanzen verhindern vermag. Nur die Umwandlung kann der Diamantindustrie neues Leben einflößen und sie befähigen, überhaupt wieder Abgaben zu bezahlen.

Im Kolonialamt gedenkt man offenbar, dem Farmer durch einen Meiorationskredit die Mittel für die Wassererschließung in die Hand zu geben. Unser Bericht über die Verhandlungen der Ständigen wirtschaftlichen Kommission des Kolonialamtes in letzter Nummer läßt dies erkennen. Wer aber weiß, wie lange es dauert, bis Beratungen, Erwägungen und Ermittlungen der Zentrale in Berlin die Tat gebären, der vermag bei diesem trüben Hoffnungslämpchen kein erfreuliches Bild der Zukunft zu erspähen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann es noch Jahre dauern, bis die neue Organisation durchgeführt ist, die den Herren der Kommission wohl erst in Urmissen vorschwebte.

Es muß Mittel und Wege geben, schneller Hilfe zu bringen! Wenigstens für die Zwischenzeit! Vielfach hat man im Lande angenommen, daß die Fonds der Wohlfahrtslotterie, aus denen der Wassererschließung bis jetzt größere Summen zufließen, erschöpft seien. Das ist jedoch nicht der Fall! Aber erst vor kurzem wurde uns bekannt, die von der Regierung angebotenen 2 Millionen Mark für Errichtung einer Viehversicherung sollten ebenfalls aus diesen Fonds fließen! Wir sind an dieser Stelle stets für den Gedanken einer Zwangsviehversicherung eingetreten, und halten ihn noch für gut. Daß aber der wasserwirtschaftlichen Erschließung des Landes entzogen werden sollte, was der Viehversicherung zugeordnet ist, gibt doch dem Ganzen ein anderes Aussehen. Wären die Mittel für die Bohrwerke aus dem Etat aufzubringen, wie dies der Landesrat befürwortete, so ginge es noch an und man könnte der Verwendung der Wohlfahrts-gelder zur Begründung der Versicherung nur zustimmen. Da dies aber nicht der Fall ist, da zunächst kein Weg zu ersehen ist, auf dem der Farmwirtschaft die notwendige indirekte Unterstützung für Wasserbeschaffung zugeführt werden könnte, muß man sich doch fragen, ob es bei der Lage der Dinge nicht besser wäre, die Gelder der Wohlfahrtslotterie einstweilen nach wie vor zur Wassererschließung zu verwenden! Entweder bis der Etat diese wichtige Aufgabe aus eigenen Mitteln lösen kann, oder aber bis durch die vollendete Organisation des Kredites dem Farmer Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Würde über diesen Zusammenhang zwischen Viehversicherung und Wassererschließung früher klarer Wein eingeschenkt worden sein, so hätte die öffentliche Erörterung der Versicherungsfrage kaum irgend welchen Umfang angenommen haben; man hätte wohl allgemein im Lande gesagt: Erst das Hemd und dann den Rock, das Hemd liegt uns näher, und würde um die weitere Belastung der Gelder für die Wassererschließung gebeten haben.

Darf man hoffen, daß dem Kolonialamt die langen Auseinandersetzungen im Landesrat über die Wichtigkeit der Wassererschließung wenigstens insofern Eindruck gemacht haben, als man sich dadurch klar wurde über die große Tragweite der Wasserfrage? Ist dies der Fall gewesen, so wird man ja auch hoffen können, daß seitens der obersten Kolonialbehörde sofort Vorstellungen bei der Verwaltung der Wohlfahrtslotteriefonds erhoben worden sind, als das Versagen der eigenen Einnahmequellen des Landes für diesen Zweck offensichtlich wurde, Vorstellungen, die auf die Erlangung weiterer Mittel zur Wasserbeschaffung aus den Fonds der Lotterie zu richten waren. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so wäre es an der Zeit, daß alle in Betracht kommenden Interessenten sich dazu vereinigen, durch energische Anträge nach Berlin dies Ziel zu erreichen. Insbesondere sollten die Farmervereine des Landes schleunigst bei dem Kais. Gouvernement in Windhuk anfragen, wie es mit Mitteln für die Wassererschließung für das Jahr 1912/13 steht und für den Fall, daß keine Mittel für diese Zwecke in den Etat eingestellt worden sind, das Gouvernement bitten, die Flugsigmachung des Lotteriefonds dafür mit Hilfe des Kolonialamtes so rasch wie möglich anzustreben. Die Zwangsviehversicherung ist eine gute und vernünftige Sache, die Beschaffung von Wasser ist aber eine Lebensfrage für unsere Farmwirtschaften.